

Partisanenkampf gegen die Kernkraft

Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl hat ein Viertel der Fläche von Belarus verstrahlt und mehr als hunderttausend Menschen aus ihrer Heimat im Süden vertrieben. Eine Gruppe Umsiedler hat im Norden einen Neuanfang gewagt. Nur 70 Kilometer entfernt wird nun das erste belarussische Atomkraftwerk gebaut. Die Angst vor dem Reaktor ist groß, doch die Angst vor dem Regime noch größer.

Text: Olga Kapustina Fotos: Martin Fejer

Tatjana Wyschewanjuk nimmt einen Armvoll Schilf und wirft ihn in eine alte Maschine. Knirschend und zischend zieht der mannshohe Metallkasten die honiggelben Halme ein. Auf der anderen Seite kommt eine dicke Platte aus Schilfrohren heraus. In dem Dorf Druschnaja werden ökologische Dämmplatten für die Isolierung von Häusern produziert. Das ist selten in Belarus und erfüllt Wyschewanjuk, die Leiterin der Manufaktur, und ihre Mitarbeiter mit Stolz.

Druschnaja ist kein gewöhnliches belarussisches Dorf. Es ist ein Ökodorf für Umsiedler aus dem radioaktiv verseuchten Südosten des Landes, das 1993 mit deutscher Hilfe gegründet wurde. Die Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl hat mehr als ein Viertel des belarussischen Territoriums kontaminiert. Zwei Millionen Belarussen waren betroffen, von denen mehr als 135.000 umgesiedelt wurden. Auch Tatjana siedelte in den Nordwesten des Landes um.

Jetzt wird das erste belarussische Atomkraftwerk ausgerechnet den Tschernobyl-Flüchtlingen in Druschnaja vor die Nase gesetzt. 70 Kilometer westlich von Druschnaja, nahe der Grenze zu Litauen, planen schwere Maschinen bereits das Gelände für das geplante Atomkraftwerk in einem Wald neben dem Städtchen Ostrowez. Eine Zufahrtsstraße und eine Siedlung für die künftigen AKW-Arbeiter sind schon im Bau.

Mitte Oktober 2011 ratifizierte das belarussische Parlament in einer nicht öffentlichen Sitzung das Abkommen über den Bau des Reaktors. Das Kernkraftwerk soll nach Aussage der Regierung die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl mindern. Doch für den Bau hat die Minsker Regierung ausgerechnet die Firma Atomstrojexport beauftragt, eine Tochter des staatlichen russischen Nuklearkonzerns Rosatom. Und die knapp sieben Milliarden Euro, die für das Projekt veranschlagt sind, stellt ebenfalls Russland zur Verfügung, als Kredit.

Angst vor Repressionen

Der erste Block soll 2017 fertig sein, der zweite 2018. Das AKW werde „weltweit die höchste Sicherheit haben“, sagte der stellvertretende belarussische Energieminister Michail Michadjuk. Die Dorfbewohner von Druschnaja, die unter dem

Reaktorunglück gelitten haben, glauben das nicht. „Früher wohnten wir hundert Kilometer von Tschernobyl entfernt, das neue Kernkraftwerk wird 70 Kilometer neben unserem Dorf gebaut“, sagt Tatjana. Ob sie gegen den Bau protestieren würde? Nein, dafür sei sie zu unpolitisch. Wie die meisten AKW-Gegner hat Tatjana Angst, gegen den autoritären Staat zu kämpfen. Nur die mutigsten protestieren öffentlich. Sie fahren dafür bis nach Russland.

»Früher wohnten wir hundert Kilometer von Tschernobyl entfernt, das neue Kernkraftwerk wird 70 Kilometer neben unserem Dorf gebaut.«

Am 18. November 2011 demonstrieren 15 Aktivisten aus Belarus vor dem Firmensitz von Rosatom in Moskau. Auf ihren Plakaten steht: „Das AKW in Ostrowez ist ein Verbrechen“, „Atomkraft? Nein danke“ und „Rosatom, Hände weg von Belarus“. Sie haben eine drei Meter hohe Puppe dabei, mit Totenkopf und dem schwarz-gelben Zeichen für Radioaktivität.

Einer der Demonstranten ist 60 Jahre alt und wohnt nur drei Kilometer von der AKW-Baustelle bei Ostrowez entfernt. „In Belarus hätten wir für so eine Aktion keine Genehmigung bekommen“, sagt Nikolaj Ulasewitsch. Der pensionierte Lehrer hat sogar eine Klage gegen Präsident Alexander Lukaschenko beim Obersten Gericht angestrengt. Das Staatsoberhaupt solle das Grundgesetz wahren, in dem steht, „Belarus strebt an, eine atomfreie Zone zu werden“.

Doch Präsident Lukaschenko meint, das beziehe sich auf Atomwaffen, nicht auf die zivile Nutzung der Kernenergie. Seit der Klage ist Ulasewitsch Repressionen ausgesetzt: Die Sicherheitsbehörden durchsuchten sein Haus und ein Unternehmer, der den Behörden nahe steht, erstattete Anzeige gegen den Pensionär wegen Beleidigung.



Mit einer Schilfpresse aus dem Jahr 1948 produzieren Umsiedler aus den radioaktiv verseuchten Gebieten in ihrer neuen Heimat ökologische Dämmplatten.



In der Region, in der auch der Rohstoff für die Schilfplatten wächst, soll laut Plan ein Atomkraftwerk gebaut werden.

Widerstand aus dem sicheren Moskau

Probleme mit dem belarussischen Sicherheitsapparat hat auch Roman Jasewitsch, ein anderer Demonstrant vor dem Rosatom-Gebäude. Er organisiert den Widerstand über Internet, denn in den staatlichen Medien gibt es nur positive Berichte über das geplante Kernkraftwerk. Um der Bevölkerung die Augen zu öffnen, hat er die Gruppe „Belarus ohne Kernkraft“ gegründet im sozialen Netzwerk „VKontakte“, dem russischen Pendant zu Facebook. Die gut 1.200 Mitglieder tauschen Nachrichten aus, diskutieren und entwerfen Flugblätter, Aufkleber und T-Shirts gegen Atomkraft. „Wir sind wie Partisanen, die nicht immer untereinander verbunden sind.“ Er leitet die Community sicherheitshalber von Moskau aus, wo er auch studiert.

Die Anti-Atom-Partisanen werfen in Belarus heimlich Flugblätter in Briefkästen, kleben ihre Aufkleber in U-Bahnen, an Bushaltestellen oder auf Hauswände, und sie sprechen mit den Menschen auf der Straße. Jasewitsch glaubt an die Wirksamkeit dieser Methoden und hofft, dass das Volk der Regierung bald sein Nein entgegenschleudern wird, auch für das geplante AKW.

Auf der Demonstration in Moskau steht eine Frau mit Atemschutzmaske neben ihm und verteilt Broschüren. Sie heißt Tatjana Nowikowa, ist Journalistin und Mitglied der belarussischen „Anti-Atom-Kampagne“, der viele Wissenschaftler angehören, Umweltschützer und Politiker der belarussischen Grünen. Vor

anderthalb Jahren begutachteten 15 unabhängige belarussische Wissenschaftler und Experten die Pläne für das AKW und kamen zu dem Schluss: Ostrowez ist ein denkbar schlechter Standort für ein Kernkraftwerk.

» *Wir sind wie Partisanen, die nicht immer untereinander verbunden sind.* «

Dem Gutachten zufolge ist die Gegend seismologisch unruhig. Außerdem kritisieren die Gutachter den russischen Druckwasserreaktor AES-2006, der hier zum ersten Mal gebaut werden soll, als nicht ausgereift. Auch ökonomisch ist das Projekt laut den Experten eine Farce, da es kreditfinanziert ist und die Kosten für den Atommüll nicht beachtet worden sind. Doch der Protest ist verhallt. Im November 2011 unterzeichneten der belarussische und der russische Präsident das Staatsabkommen mitsamt Milliarden-Kredit für den Bau des AKW Ostrowez.

Windpark erst mal gescheitert

Dabei hätte Belarus einen ganz anderen Weg nehmen können. 2010 kündigte die deutsche Firma Enertrag an, einen Windpark in Belarus errichten zu wollen. In das neue Projekt wollte sie insgesamt 360 Millionen Euro investieren. Doch im August 2011 verweigerte das belarussische Verteidigungsministerium seine Zustimmung zu dem Projekt. An dem vorgesehenen Ort störe der Windpark eine Radaranlage. Die Firma sucht jetzt nach einem neuen Standort.

Den alternativen Weg hätte auch Tatjana Wyschewanjuk aus dem Ökodorf besser gefunden. Dort drehen sich bereits zwei Rotoren unermüdlich im Wind. Die beiden Windkraftanlagen erzeugen Strom für rund 650 Haushalte. „Was können wir in dieser Situation machen? Wir werden irgendwie weiterleben“, sagt Tatjana und wirft neues Schilf in die Maschine.

Olga Kapustina, geboren 1985 in Belarus, ist n-ost-Mitglied und Volontärin bei der „Deutschen Welle“ in Bonn, Berlin und Moskau. Sie studierte Journalistik und Germanistik in St. Petersburg, Dortmund und Essen.

Martin Fejer, geboren 1965, ist n-ost-Mitglied und Mitbegründer sowie Co-Leiter der deutsch-französischen Fotoagentur „EST&OST photography“, die auf Mittel- und Osteuropa spezialisiert ist. Er lebt in Budapest.